

Nordrhein-Westfalen wählt am 9. Mai einen neuen Landtag

Positionen der Parteien zur Wahl

Am 9. Mai sind alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen dazu aufgerufen, über die Zusammensetzung des Landtages neu zu entscheiden. Im Vorfeld hat der SoVD NRW sozialpolitische Forderungen erarbeitet und den Parteien zur Stellungnahme vorgelegt. Die Antworten finden Sie in der unten stehenden Tabelle. Zur besseren Übersichtlichkeit haben wir uns auf die wesentlichen Kernaussagen beschränkt. Den Wortlaut der Stellungnahmen finden Sie im Internet unter www.sovd-nrw.de.



Foto: Gina Sanders/fotolia; Grafik: thrizk/fotolia

In der Wahlkabine kommt es auch auf Ihre Stimme an. Machen Sie Ihr Kreuzchen daher nicht unüberlegt, sondern vergleichen Sie vor der Wahl, welche Politik die Parteien nach der Landtagswahl vertreten wollen!

Im Vorfeld der Landtagswahlen stellen sich Wählerinnen und Wähler verschiedene Fragen: Was halten die Parteien von einer gemeinsamen Schule für alle Kinder – egal ob behindert oder nicht? Wie soll Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft werden? Wird die SoVD-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn unterstützt? Was halten die Parteien von Sozialtickets? Die Positionen der Parteien zu diesen und anderen Themen haben wir für Sie in einer Tabelle zusammengefasst.

Der SoVD unterstützt dabei grundsätzlich keine bestimmte Partei, möchte seinen Mitgliedern jedoch die nötigen Hintergrundinformationen an die Hand geben. Auf diese Weise können Sie Ihre Stimme am 9. Mai wohlüberlegt der Partei geben, deren Positionen Sie auch tatsächlich unterstützen möchten.

Wahlauf Ruf des SoVD zur Landtagswahl

Nur wer am 9. Mai wählt, entscheidet auch mit!

Am 9. Mai wird für die nächsten fünf Jahre der Landtag in Nordrhein-Westfalen gewählt. Damit werden die Weichen für die politische Zukunft unseres Landes gestellt. Sie, liebe SoVD-Mitglieder, entscheiden durch Ihre persönliche Wahl maßgeblich darüber mit, wohin die Reise zukünftig gehen soll. Sie entscheiden vor allem auch darüber mit, ob die Anliegen der Rentnerinnen und Rentner, der behinderten, chronisch kranken und sozial benachteiligten Menschen über NRW hinaus Gehör finden werden. Denn die Stimme Nordrhein-Westfalens hat durch die Mitbestimmung im Bundesrat auch entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung des Bundes.

Der SoVD ist parteipolitisch neutral. Aber wir warnen vor den Gefahren der Politikverdrossenheit und der Wahlverweigerung. Eine geringe Wahlbeteiligung höhlt unsere Demokratie aus. Denn dann bestimmen wenige Menschen über viele, die sich gar nicht beteiligt haben. Wer die Demokratie und den Sozialstaat stärken will, sollte daher wählen gehen.

Als Bürgerinnen und Bürger sind wir in der Pflicht, von unserem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wir bitten Sie daher, machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch und gehen Sie am 9. Mai wählen! Nutzen Sie Ihr Recht, um zu entscheiden, wohin es mit Nordrhein-Westfalen gehen soll!

Marianne Saarholz (SoVD-Landesvorsitzende)

Ralf Beyer (Landesgeschäftsführer)

Parteien zur Landtagswahl	Aussagen zur Frauenpolitik	Aussagen zur Bildungspolitik	Aussagen zur Armutsbekämpfung	Aussagen zu Pflege/Behindertenpolitik
	<ul style="list-style-type: none"> Gleichstellung wird als Querschnittsaufgabe verstanden Aussagen zur Frauenförderpolitik werden keine gemacht Netz aus Beratungsstellen und Frauenhäuser in NRW gut und ausreichend 	<ul style="list-style-type: none"> Erhalt des gegliederten Schulsystems, keine „Einheitsschule“ Wahlrecht für Eltern behinderter Kinder Umsetzung individueller Förderung und Verbesserung des Unterrichts im bestehenden System 	<ul style="list-style-type: none"> Bekanntnis zur Tarifautonomie Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns Entscheidung über Sozialtickets auf kommunaler Ebene Bekämpfung von Kinderarmut durch Einzelmaßnahmen (z.B. „Kein Kind ohne Mahlzeit“) 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung von Einrichtungen, die Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen Förderung von Wohngenossenschaften und Wohnstiften Recht auf Einzelzimmer sei durch neues Landesheimrecht bereits verwirklicht
	<ul style="list-style-type: none"> für eine aktive Frauenförderung Quotenregelung in der Privatwirtschaft Wiederaufbau eines flächendeckenden Beratungsnetzes Rechtsanspruch auf Platz im Frauenhaus 	<ul style="list-style-type: none"> für eine Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetreuung individueller Lern- und Förderplan für jedes Kind inklusives Bildungssystem gemäß UN-Behindertenrechtskonvention gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni 	<ul style="list-style-type: none"> für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn Forderung einer eigenständigen Kindergrundsicherung nach altersspezifischem Bedarf Förderung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV), keine Sozialtickets auf Kosten anderer Kunden oder Beschäftigter 	<ul style="list-style-type: none"> Förderung generationenübergreifender Wohnformen und Unterstützungsangebote nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ Ziel: sozial gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Lernbereichen
	<ul style="list-style-type: none"> Gleichstellungspolitik mit Augenmerk auf beide Geschlechter keine aktive Frauenförderpolitik keinen Rechtsanspruch auf einen Platz im Frauenhaus 	<ul style="list-style-type: none"> keine „Einheitsschule“, sondern Weiterentwicklung des geteilten Bildungssystems Erhalt von Förderschule und Gemeinsamen Unterricht eingeschränktes Elternwahlrecht zwischen Schulformen 	<ul style="list-style-type: none"> Mindestlöhne sind kein Mittel zur Problemlösung Bekanntnis zur Tarifautonomie Verbot sittenwidriger Löhne 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Wohngemeinschaften und generationenübergreifenden Wohnformen Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Pflegebedürftigkeit
	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen Neubewertung frauentypischer Arbeitsplätze im Sinne eigenständiger Existenzsicherung Forderung einer bedarfsdeckenden und unbürokratischen Frauenhausfinanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> gemeinsames Lernen in der Gesamtschule mit Ganztags und individueller Förderung bessere Ausstattung von Regelschulen und Verkleinerung der Klassen Anpassung des Schulgesetzes an Behindertenrechtskonvention 	<ul style="list-style-type: none"> Forderung nach einem existenzsichernden, gesetzlichen Mindestlohn und einer Stärkung der regulären Beschäftigung armutsfeste, bedarfsorientierte Regelsätze (v.a. für Kinder) Hilfe für Kommunen bei der Einführung von Sozialtickets 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten Förderung generationenübergreifender Wohn- und Pflegeformen Verankerung des Rechts auf ein Einzelzimmer
	<ul style="list-style-type: none"> für aktive Frauenförderpolitik Gleichstellungsgesetze für die Privatwirtschaft einheitliche Finanzierungsgrundlage für Frauenhäuser Abschaffung der Kostenbeteiligung Schutzsuchender Frauen 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung einer barrierefreien Ganztagschule für alle Kinder von Klasse eins bis zehn 	<ul style="list-style-type: none"> bundesweite Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 10 Euro flächendeckende Einführung eines kostenlosen Sozialtickets 	<ul style="list-style-type: none"> für eine bessere Bezahlung Beschäftigter in der Altenpflege Anstreben einer besseren Versorgung im Pflegebereich insgesamt selbstbestimmtes Wohnen soll bis ins hohe Alter möglich sein